

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 8 gespaltene Kolonnen-Reihe 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Wep. Druck von E. A. H. Meißner & Co. beide in Hannover

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittags 12 Uhr

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstraße 7, 2 Et. - Fernsprech-Anschluss 8002.

Die Bewertung der Arbeiterbewegung in Kriegszeiten.

IV.

Als Ergänzung unserer Ausführungen im ersten dieser Artikel sei heute ein Vorgang registriert, der vor dem Kriege einfach undenkbar gewesen wäre. Am 14. November besuchten bürgerliche Parlamentarier und Vertreter der Regierung das Berliner Gewerkschaftshaus, die Verbandshäuser der Metall- und der Holzarbeiter und die Konsumvereinsanlagen in Lichtenberg. Zu den Besuchern zählten u. a. der Reichsschatzsekretär, der Staatssekretär des Reichsjustizamts, der preussische Handelsminister und der Minister des Innern, der Oberbürgermeister von Berlin sowie die Präsidenten des Reichstages und des preussischen Herrenhauses. Solchen Besuch haben die genannten Stätten noch nicht gesehen, und die Tatsache, daß der Chef des Reichsschatzamt in der Sitzungssaale des Deutschen Holzarbeiterverbandes eine Rede gehalten hat, und im Gewerkschaftshause Handelsminister v. Sydow, ist gewiß ein überzeugender Beweis für die veränderte Bewertung der Arbeiterbewegung seit Ausbruch des Krieges. Selbstverständlich wäre es mindestens voreilig, aus solchen Besuchen weitgehende Schlüsse abzuleiten, jedoch ist es, wie der „Vorwärts“ sehr richtig schreibt, für die Gewerkschaften nicht gleichgültig, ob die leitenden Regierungsmänner das Bedürfnis haben, sich aus eigener Anschauung über die Zwecke und Ziele der Bewegung zu unterrichten, oder ob sie ihre Kenntnis von den Gewerkschaften aus den Berichten von Leuten schöpfen, die dieser übel gesinnt sind. Wenn wir also den Besuch ableiten dürfen aus dem Bestreben, die Gewerkschaften jetzt wenigstens zu verstehen, so ist das für uns schon ein Grund zur Genugtuung. Denn gerade den Willen, uns zu verstehen, haben wir seither so oft vermisst.

Eine bemerkenswerte Erweiterung der im dritten dieser Artikel mitgeteilten Materialien stellt eine Mitteilung dar, die kürzlich von der Militärbehörde einem Korbmachermeister zugeht. Dieser Korbmachermeister hatte Geschoßkörbe für die Heeresverwaltung anzufertigen und dabei den Lohn der Gehilfen gedrückt. Er erhielt folgende Zuschrift:

„Artilleriewerkstätte Spandau.

An die Firma

Es ist in Erfahrung gebracht, daß Sie an Ihre Arbeiter zu niedrige Löhne zahlen. Sie haben sich an den vom Deutschen Holzarbeiterverband aufgestellten Tarif zu halten. Sollten neue Beschwerden gegen Sie auftreten, werden Ihnen Aufträge nicht mehr erteilt werden.

S. A.: Lang.“

Diese Ermahnung erfreut besonders durch die erfrischende Deutlichkeit, mit der dem Meister seine Schabrigkeit unterzagt wird, sowie durch den ausdrücklichen Hinweis auf den vom Holzarbeiterverband abgeschlossenen Tarif. — Diesem Nachtrag zu einem eigentlich schon erledigten Abschnitt lassen wir nunmehr einige Betrachtungen über das Verhalten der Unternehmer folgen.

Die freien Gewerkschaften haben sofort nach Ausbruch des Krieges alle Streiks beendet und alle Vorbereitungen zu Lohnbewegungen eingestellt. Gleichzeitig haben fast alle Verbände die Streikunterstützung für die Dauer des Krieges aufgehoben mit der Begründung, daß während der Dauer des Krieges wirtschaftliche Kämpfe nicht, oder doch nur in ganz seltenen Ausnahmefällen, geführt werden können und sollen.

Das Verhalten der Unternehmerverbände war weniger einheitlich und auch weniger friedensfreundlich. Die eigentliche Zentrale der Arbeitgeberorganisationen, die „Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände“, hat zwar wortreiche Aufrufe erlassen, aber nicht erwähnt, was die Unternehmer und ihre einzelnen Verbände zur Wahrung des wirtschaftlichen „Burgfriedens“ tun sollen und wollen. Jede Mahnung zur Aufrechterhaltung der bestehenden Löhne, zur Achtung der mit den Arbeitern abgeschlossenen Verträge usw. fehlt. Allerdings heißt es in der ersten Kriegsbetrachtung im „Arbeitgeber“, daß die Unternehmer „ihre gesamten Kräfte in den Dienst der nationalen Sache stellen“, daß sie „in der opferreichen Unterstützung der nationalen Einrichtungen hinter keinem andern zurückstehen“ wollen und sich „in dieser Zeit der Not, die über unser Volk hereinbricht, ihrer sozialen Pflicht erinnern und helfend mit eingreifen, um Not und Elend in der Arbeiterschaft und den Angehörten zu mildern“. Dieses Bekenntnis zur sozialen Pflichterfüllung ist gewiß recht begrüßenswert, es sagt aber nichts über die Stellung der Unternehmer zu der sozialen Hauptfrage: der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Klarer und folgerichtiger war die Stellung einer andern Zentrale der Unternehmerverbände, des Deutschen Industrie- und Handwerksverbandes. Diese Organisation, der rund 5200 einzelne Unternehmer und Unternehmerverbände angehören, setzte sich nach Ausbruch des Krieges mit den Leitungen der größeren Gewerkschaften in Verbindung, um in gemeinsamer Beratung festzustellen, welche Maßnahmen im Interesse der Unternehmer und der Arbeiter nötig und durchführbar sind. Schon in dem ersten Rundschreiben des Industrieschutzverbandes an seine Mitglieder heißt es:

„Die namhaften Gewerkschaften haben uns erklärt, daß alle Angriffe ruhen und als solche anzusehende Lohnbewegungen von ihnen nicht unterstützt werden. Demgegenüber erwarten sie auch von unserer Seite, daß die gegenwärtigen Verhältnisse die Betriebe mit Arbeiterüberschuß nicht zur Aufhebung der bestehenden Arbeitsverträge und zu einer für die Arbeiterschaft ungünstigeren Gestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse veranlassen werden. Es steht außer Zweifel, daß die patriotische Gesinnung und Opferfreudigkeit auch auf unserer Seite die vertraglichen Arbeits- und Lohnbedingungen bis an die Grenze der eigenen Existenzmöglichkeit und soweit als möglich auch die Fortsetzung des Betriebes überhaupt durchzuführen suchen wird.“ In einem späteren Rundschreiben, das die vorgeschlagenen Maßnahmen mitteilt, heißt es: „Notwendig ist, Arbeitsgelegenheit für eine möglichst große Anzahl von Händen zu schaffen, wenn diese auch nicht für die velle bisher übliche Arbeitszeit Beschäftigung finden. Falls die Arbeitszeit aus betriebstechnischen Gründen nicht verkürzt werden kann, würde mehrschichtiger Betrieb oder Beschäftigung an weniger als 6 Wochentagen in Aussicht zu nehmen sein.“

Wir sind weit davon entfernt, an die Ermahnungen und Ratschläge des Industrieschutzverbandes überschwengliche Hoffnungen zu knüpfen, konstatieren jedoch gern, daß wenigstens diese eine Zentralorganisation der Unternehmer die soziale und volkswirtschaftliche Berechtigung gewerkschaftlicher Forderungen anerkennt.

In größerem Umfang und mit mehr Erfolg ist das der Fall in einigen beruflichen Unternehmerverbänden. Die baugewerblichen Arbeitgeberverbände haben schon im August, nach einem Schriftwechsel mit dem Deutschen Bauarbeiterverbande, einen Aufruf an ihre Mitglieder erlassen, in dem es am Schluß heißt:

„Alle Verträge mit den Arbeiterorganisationen behalten ihre Gültigkeit. Die Arbeiterzentralorganisationen haben die bestehenden Streiks und Sperren aufgehoben und damit zu erkennen gegeben, daß sie während der äußeren Kämpfe im Innern den Wirtschaftsfrieden halten wollen. Es wird in den ersten Zeiten auf beiden Seiten nicht der gute Wille fehlen, alle Reibungen zwischen für die Fertigstellung der Bauten noch verfügbaren Arbeitgebern und Arbeitern zu vermeiden.“ In den letzten Wochen ist zwischen den freien Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden des Baugewerbes eine Art Arbeitsgemeinschaft vereinbart worden. In den dafür ausgearbeiteten Richtlinien heißt es:

„Die großen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände des Baugewerbes und der Baunebenindustrie haben am 13. Oktober 1914 in Berlin eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, welche danach streben soll, zur Erhaltung der Volkskraft während des Krieges die daniiederliegende Bauaktivität möglichst zu heben. Die Arbeitsgemeinschaft wendet sich zu diesem Zwecke an die Behörden des Reiches und der Bundesstaaten und die Gemeinden mit der dringenden Bitte, die schon beschlossenen Bauten auszuführen und umgehend Mittel für weitere Bauten bereitzustellen. Sie wird ferner bei den in Betracht kommenden kapitalkräftigen Stellen auf eine Erleichterung der Kapitalbeschaffung zur Wiederbelebung der privaten Bauaktivität hinarbeiten. Sie wird weiter eine planmäßige Vermittlung der Arbeitskräfte, insbesondere für den Wiederaufbau der durch den Krieg vermissteten Landesteile anstreben. Es wird die Behörden ersuchen, von den Unternehmern gewerblicher Arbeiten die Innehaltung der tariflichen und ortsüblichen Arbeitsbedingungen zu verlangen, um die Kaufkraft der Bevölkerung zu erhalten. Um einer möglichst großen Anzahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern Verdienst zu verschaffen, wird es den örtlichen Verbänden anheimgestellt, sich über eine zweckmäßige Verkürzung der Arbeitszeit zu verständigen.“

Im Malergewerbe haben die Verbände der Unternehmer und der Arbeiter gemeinsam eine Eingabe an die Staats- und Gemeindebehörden gerichtet, in der um Zulassung von Arbeit ersucht wird. Ueber die Gestaltung der Arbeitsbedingungen heißt es in der Eingabe:

„Es besteht im deutschen Maler- und Anstreichergerber ein von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam beraten Reichstarif, der die Arbeitsbedingungen im Deutschen Reich einheitlich geregelt hat und den örtlichen Verhältnissen entsprechend bestimmte Lohnhöhen festsetzte.“

Eine Reihe von staatlichen und städtischen Behörden schreibt schon heute in den Arbeitsbedingungen vor, daß die Unternehmer verpflichtet sind, diese tarifmäßigen Löhne zu zahlen; wir bitten alle Behörden, welche diese Bestimmungen noch nicht eingeführt haben, gefälligst veranlassen zu wollen, daß in der jetzigen wirtschaftlichen Krise die Arbeiter auch nur an tarifreue Unternehmer vergeben werden.“

Diese beiden Eingaben enthalten nicht nur ein rückhaltloses Bekenntnis zum Tarifvertrag, sondern auch die Anerkennung des Grundgesetzes, daß es eine soziale Pflicht der Behörden ist, die tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen zu fördern und die auf Kosten der Arbeiter betriebene Schmutzkonkurrenz zu bekämpfen. Selbstverständ-

lich darf dieser Grundsatz nicht nur für die Dauer des Krieges gelten. Was jetzt eine soziale Tugend ist, kann später nicht das Gegenteil sein. Wenn wir wieder Frieden und geordnete Wirtschaftsverhältnisse haben, ist die Schaffung und Sicherung geordneter Arbeitsbedingungen durch den Tarifvertrag grundsätzlich nicht anders zu bewerten als jetzt. Vielleicht räumen die Erfahrungen in der jetzigen Zeit dem Vordringen des Tarifvertrages weisens manches Hindernis aus dem Wege.

Der Betonbau-Arbeitgeberverband ermahnte in einem Rundschreiben seine Mitglieder, „eine möglichst große Anzahl, vorzugsweise verheirateter Arbeitsloser dadurch an der vorhandenen Arbeitsmöglichkeit zu beteiligen, daß Wechselshiften eingerichtet werden, sei es, daß man die eine Schicht vormittags, die andre nachmittags, oder sei es, daß man die eine am ersten Tage, die andre am zweiten Tage arbeiten läßt usw., natürlich bei voller Einhaltung des vertraglichen oder üblichen Stundenlohnes!“ Mit erfreulichem Nachdruck heißt es dann weiter: „Der Arbeitgeber darf sich nicht mit dem Matel belasten, in dieser schweren Zeit, wo der Arbeiter Schulter an Schulter mit ihm in patriotischer Begeisterung für des Vaterlandes Freiheit kämpft, daheim die Löhne drücken zu wollen.“

In der Holzindustrie haben die Vertreter der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen gemeinsam über die Lage beraten. In einem Beschluß der Zentralverbände vom 9. September wird u. a. empfohlen, die Arbeitszeit zu verkürzen und bei eiligen Aufträgen für die Heeresverwaltung statt mit Ueberstunden in Doppelschichten zu arbeiten. Ferner heißt es in dem Beschluß: „Durch die vorstehend empfohlene Einschränkung der Arbeitszeit werden die entsprechenden Bestimmungen der bestehenden Tarifverträge nicht berührt. Es muß vielmehr für die beiderseitigen Verbandsangehörigen unter allen Umständen der Grundsatz gelten, daß die in jahrelanger, opfervoller Arbeit beider Parteien geschaffenen Tarifverträge auch über die Zeit des Krieges hinaus ihre volle Gültigkeit behalten und in jeder Beziehung zu schützen sind. Inzwischen ist auch in diesem Gewerbe eine „Arbeitsgemeinschaft“ nach dem Muster des Baugewerbes geschaffen worden. Auch die Unternehmer im Schneidergewerbe machen bekannt, daß „alle tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen auch während des Krieges innegehalten werden müssen“. Daß bei den Buchdruckern das Streben nach Innehaltung des Tarifvertrages auf beiden Seiten allgemein vorhanden ist, erwähnen wir nur der Vollständigkeit halber. Im Buchdruckergewerbe ist der Tarifvertrag nicht mehr ein unstrittenes Problem oder ein neuer Versuch, sondern die allgemeine und selbstverständliche Grundlage des Arbeitsvertrages. Es wiegt aber gerade deshalb besonders schwer, wenn das Tarifamt der Buchdrucker in einem Aufruf, nach einem Hinweis auf die jetzige schwere Lage des Gewerbes, sagt: „Trotz alledem muß aus ethischen, nationalen und gewerblichen Gründen an der Tarifgemeinschaft festgehalten und es müssen die gegenseitigen Pflichten aus dem Tarifvertrage nach wie vor erfüllt werden.“

Die vorstehend angeführten Äußerungen und Vereinbarungen stammen durchweg aus Gewerben, in denen die tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen weit verbreitet und lange üblich ist, in denen also umfassende Erfahrungen über den Wert der Tarifverträge vorliegen. Daß diese Erfahrungen die Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer zu Maßnahmen veranlassen, die die uneingeschränkte Aufrechterhaltung der Verträge in der Kriegszeit zum Zweck haben, wird alle Anhänger des Tarifvertrages mit Genugtuung erfüllen. Weniger erbaut werden die Tarifgegner sein, die immer sagten, der Tarifvertrag hindere ein Gewerbe, sich neuen Situationen anzupassen; ein Argument, das jetzt gründlich abgeführt worden ist. — Einige allgemeine Bemerkungen zu unserm Thema müssen wir in einem Schlusssatz zusammenfassen.

Die Organisation der Fabrikarbeiter in Belgien.

Wir haben viel und sehr Schmerzliches gelesen von den Vermittlungen und Zerwürfen, die der Krieg über das kleine Belgien gebracht hat. Es ist möglich, daß ein anderes Verhalten der belgischen Regierung den Krieg hätte fernhalten und es ist wahrscheinlich, daß ein anderes Verhalten der belgischen Bevölkerung seine Schrecken hätte mildern können. Doch das sind Dinge, die sich unserm Urteil entziehen. Jedoch glauben wir zu wissen, daß die belgischen Arbeiter diesen schrecklichen Krieg so wenig gewollt haben wie die deutschen, und wir wagen zu hoffen, daß sie die Ende dieses Ringens ebenso heiß erleben wie wir.

Es ist selbstverständlich, daß die gewerkschaftlichen Organisationen der belgischen Arbeiter durch den Krieg völlig zerrüttet, und nicht zu sagen vernichtet sind. Fast jede Organisationsfähigkeit ist naturgemäß unterbunden, die Kassen sind geleert, die Mitglieder zu einem großen Teil zum Kriegsdienst eingezogen, gesungen oder gestochen. Aus der Novembernummer unseres holl-

ländischen Bruderblatts erfahren wir nun einiges über den belgischen Fabrikarbeiterverband. Der Redakteur dieses Verbandes ist nämlich nach Holland geflohen und schreibt in der erwähnten Nummer über die Lage in Belgien folgendes:

Schnell war der Aufstieg des belgischen Fabrikarbeiterverbandes. Im Jahre 1910 fing er an mit gut 300 Mitgliedern, zwei Jahre später hatte sich die Zahl vervielfacht, und seitdem hat der Aufstieg ununterbrochen angehalten.

Wir hatten bezahlte Agitatoren in Antwerpen, Brabant, Lüttich (stämische Bezeichnung für Lüttich), Namen (Namur) und im Hennegau (eine belgische Provinz mit Mons als bedeutendstem Ort; Zentrum der Kohlenbergwerke. D. Red. d. „Prolet.“) Witten in unfruchtbarer Arbeit, die den belgischen Fabrikarbeitern eine feste Organisation und bessere Lebensbedingungen bringen mußte, brach plötzlich, wie ein Donner Schlag, der abschneidende Krieg los, der unser gemartertes und geliebtes Volk auf so schreckliche Weise zerstört.

Belgien ist jetzt ein verwüstetes Land. Städte und Dörfer sind vernichtet, Fabriken in Flammen aufgegangen, überall ist Tod und Verderben gesät worden.

Was soll da von unserer geliebten Organisation, die wir aufgebaut haben mit so viel Liebe, für die wir mit unserm Herzen arbeiteten, übrigbleiben, nach diesem unheilvollen, barbarischen Völkermord?

Das können wir vorläufig nicht wissen. Seit der Krieg ausgebrochen ist, sind wir ohne Nachrichten von unsern Agitatoren und Abteilungsleitungen.

Unser nationaler Sekretär, mein Freund de Bruyne, verbleibt noch in Hoboken (Vorort von Antwerpen. D. Red.); er hat hier als Leiter der Organisation in der Gemeinde und in der Provinz die Leiden der tieferen Bevölkerung kennen gelernt. Aber die ändern?

Alles Organisationsleben ist erloschen. Alle Verkehrsmittel mit den besetzten Landesteilen sind abgebrochen. Um einigermaßen die Not unserer Mitglieder zu lindern, zahlten alle unsere Abteilungen (wir hatten 42) ihre Mittel völlig aus, die Gelder der Hauptkassen aber sind in unsern Genossenschaften angelegt.

Sicher ist, daß nach dem Kriege die Arbeitslosigkeit in dem armen Belgien unendlich groß werden wird.

Viele unserer Agitatoren sollen in den Kämpfen, vielleicht durch die Sand von deutschen Kameraden (!!!), getötet sein.

Aber dies haben wir geschoren, unsere Organisation wollen wir nicht untergehen lassen. Mühen wir uns neue beginnen mit 300 Leuten, wir wollen es tun. Es soll unsere Sache sein, obwohl in den Herzen der Arbeiter ein großer Groll lebt gegen das deutsche Volk.

Die größten Schwierigkeiten haben uns nicht abgeschreckt, und auch die durch den Krieg entstandenen werden wir überwinden.

Nun lebe ich als Flüchtling in einem Land, Kameraden, und eure Gastfreundschaft ist ein Balsam gewesen auf meine Wunden, aber ich nehme mich nach dem Augenblick, wo ich meine Kameraden vom Fabrikarbeiterverband wiedersehen kann, um mit ihnen zusammen unsere gemeinschaftliche Sache zu vertreten.

L. Janssens, Redakteur vom belgischen „Fabrikarbeiter“.

Die Redaktion unres holländischen Bruderblatts fügt dem Schreiben des Genossen Janssens nur folgende Sätze an: „Wir haben mit Genugtuung diesem Schreiben unres schwer getroffenen Bruderbundes Platz gewährt, und es freut uns, daß Kamerad Janssens, der vier Jahre sein Wort an die belgischen Fabrikarbeiter richtete, uns versichert, daß er mit seinen Kollegen mit voller Kraft weiterarbeiten will.“

Wir hoffen, daß es nicht lange mehr dauert, bis dieser Wiederaufbau der Organisation beginnen kann und die geschlagenen schmerzlichen Wunden heilen können.“

Sehr angenehm berührt in dem Artikel, daß Genosse Janssens sich aller Vorwürfe gegen das deutsche Volk enthält. Dadurch unterscheiden sich seine Ausführungen sehr vorteilhaft von dem kurzschichtigen Geleise in dem italienischen Zentralblatt der Gewerkschaften, von dem wir kürzlich Notiz nahmen. Für den Schmerz der belgischen Genossen haben wir volles Verständnis. Wir bedauern aufrichtig das belgische Land und das belgische Volk, und wir beklagen es sehr, daß die belgische Arbeiterbewegung so hart mitgenommen wird durch den Krieg, den sie nicht gewünscht, sondern bekämpft hat. Wir wünschen auch mit unserm holländischen Bruderblatt, daß der Krieg bald ein Ende haben möge, und wir hoffen, daß es dem Genossen Janssens und seinen Freunden gelingen wird, die Organisation der belgischen Fabrikarbeiter recht bald wieder in alter Stärke aufzubauen.

Der Arbeitsmarkt im 3. Vierteljahr.

Die Oktobernummer des „Reichsarbeitsblattes“ berichtet über die Arbeitslosigkeit im 3. Vierteljahr nach den Nachweisen der Gewerkschaften. Einleitend wird bemerkt, daß die Nachweise unvollständiger sind als vor dem Kriege, weil von den 52 der Berichterstattung angegeschlossenen Verbänden nur 34, und auch diese teilweise nur unvollständig, berichtet haben. Diese 34 Verbände hatten am Schluß des 3. Vierteljahres 1 162 614 Mitglieder, wovon jedoch nur 1 010 283 von der Berichterstattung erfaßt wurden. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am Schluß des 3. Vierteljahres 161 164 oder 16 von je 100 von der Berichterstattung erfaßten Mitgliedern. Am Ende des Monats August waren auf je 100 Mitglieder 22,4 arbeitslos; der September hat demnach eine erhebliche Besserung der Wirtschaftslage gebracht. Die Einwirkung des Krieges auf den Arbeitsmarkt ist ersichtlich aus folgender Gegenüberstellung.

Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

Zeitpunkt	1913			1914		
	männliche	weibliche	zusammen	männliche	weibliche	zusammen
Ende Juli	2,9	2,9	2,9	2,9	3,4	2,9
Ende August	2,8	2,6	2,8	21,2	22,4	22,4
Ende September	2,7	2,4	2,7	15,2	20,9	16,0

Die fettgedruckten Zahlen zeigen den Stand der Arbeitslosigkeit seit dem Ausbruch des Krieges. Trotz der erfreulichen Besserung im September waren am Ende des Monats noch reichlich fünfmal soviel männliche und fast neunmal soviel weibliche Arbeitslose vorhanden als am gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

In welchem Umfange die Gewerkschaften durch diese umfangreiche Arbeitslosigkeit belastet werden, mag die Feststellung zeigen, daß die 34 berichtenden Verbände im 3. Vierteljahr an ihre Arbeitslosen 6 602 761 Mk. Unterstützung auszahlten. Im gleichen Vierteljahr des Vorjahres zahlten 50 Verbände mit 2 046 696 Mitgliedern nur 3 120 720 Mk., also noch nicht halb soviel. Noch deutlicher wird die durch den Krieg verursachte Mehrbelastung illustriert an der Tatsache, daß im 3. Vierteljahr 1913 die Verbände für jedes von der Berichterstattung erfaßte Mitglied durchschnittlich 1,55 Mk. Arbeitslosenunterstützung bezahlten, im 3. Vierteljahr 1914 dagegen 5,54 Mk.

Im Verbands der Fabrikarbeiter stand die Arbeitslosigkeit im 3. Vierteljahr etwas unter dem allgemeinen Durchschnitt. Wir hatten nach dem Bericht an das „Reichsarbeitsblatt“, der allerdings nur 143 677 Mitglieder umfaßt, Ende Juli 1487, Ende August 19 252, Ende September 15 801 Arbeitslose am Orte. Die Verhältniszahlen, verglichen mit denen des Vorjahres, zeigt folgende Tabelle.

Von je 100 Verbandsmitgliedern waren arbeitslos:

Zeitpunkt	1913			1914		
	männliche	weibliche	zusammen	männliche	weibliche	zusammen
Ende Juli	1,6	1,0	1,5	1,4	1,3	1,4
Ende August	1,6	1,3	1,6	15,6	19,8	16,3
Ende September	1,3	1,2	1,3	10,0	17,3	11,2

Auch in dieser Tabelle sind die Zahlen für die Zeit nach Kriegsausbruch fett gedruckt. Sie zeigen eine ganz außerordentlich starke Steigerung gegenüber der früheren Ergebnissen. Ende September hatten wir noch achtmal soviel männliche und fast fünfzehnmals soviel weibliche arbeitslose Mitglieder als am gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Arbeitslosenunterstützung zahlten wir im 3. Vierteljahr:

	an Personen	für Tage	Markt
männliche	25 373	381 978	454 968
weibliche	5 894	104 411	69 190
zusammen	31 267	486 389	514 158

Wir zahlten demnach im 3. Vierteljahr, in das ja noch ein Friedensmonat fällt, mehr als eine half-Million Markt Arbeitslosenunterstützung. Dabei ist immer zu beachten, daß der Bericht nur rund 144 000 Mitglieder erfaßt. Im gleichen Vierteljahr des Vorjahres wurde von uns über 210 346 Mitglieder berichtet, aber es wurden nur 88 747 Mk. an Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt. Der Unterschied springt noch mehr in die Augen, wenn wir feststellen: Im 3. Vierteljahr 1913 entfielen auf jedes von der Berichterstattung erfaßte Verbandsmitglied durchschnittlich 42 Pf. Arbeitslosenunterstützung, im 3. Vierteljahr des laufenden Jahres dagegen 3,58 Mk. Diese ganz außerordentliche Steigerung der Ausgaben für unsere Arbeitslosen rechtfertigt nicht nur Einschränkung der Ausgaben auf andere Gebieten, sondern auch die Mahnung zu außerordentlicher Opferwilligkeit an alle Mitglieder, die das Glück haben, in dieser schweren Zeit ihrer Arbeit und ihrem Verdienst nachgehen zu können.

Im Anschluß an diese Uebersicht sei gleich das Ergebnis unserer Wochenstatistik für die Woche vom 8. bis 15. November mitgeteilt. Es berichteten für diese Woche 344 Zahlstellen. Diese hatten zusammen am 1. August 175 230, am 15. November 122 335 Mitglieder. Von den Fehlenden waren 43 814 zum Kriegsdienst eingezogen. Wühin sind 9031 als ausgeschieden zu betrachten. Die Zahl der Arbeitslosen betrug in den berichtenden Zahlstellen 7542, wovon 6880 über ein Jahr Mitglied und 4367 ausgeschiedert waren. Die Verhältniszahlen enthält die folgende Tabelle:

Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

am	Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:	Von je 100 männlichen Mitgliedern waren zum Heere eingezogen:
am 9. August	8,5	19,2
„ 16. „	11,5	21,0
„ 23. „	11,8	22,6
„ 30. „	12,9	25,2
„ 5. September	11,5	24,6
„ 12. „	10,7	25,8
„ 19. „	9,7	25,9
„ 26. „	9,1	26,0
„ 2. Oktober	8,3	26,4
„ 9. „	6,6	27,6
„ 16. „	6,4	27,3
„ 24. „	6,0	27,3
„ 31. „	5,3	28,2
„ 7. November	4,5	28,4
„ 14. „	4,3	28,7

Die Zahlen für die Arbeitslosigkeit sind berechnet nach der Mitgliederzahl vom 1. August. Werden sie berechnet nach dem Mitgliederstand am Berichtstage, so entfallen auf 100 Mitglieder 6,2 Arbeitslose gegen 6,3 in der Vorwoche. Die Besserung ist also ganz geringfügig. Wie schon im vorigen Bericht bemerkt, ist damit zu rechnen, daß die nächsten Wochen eine Verschlechterung am Arbeitsmarkt bringen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Duisburg. In denjenigen Firmen, die die jetzige Kriegslage dazu anrathen, nur sich einen Extraprofit auf Kosten der Arbeiter zu sichern, gehört auch die Fabrik feinerster Produkte von H. J. Wigen u. Co. in Duisburg. Die Inhaber dieser patriotischen Firma sind die Herren Dr. W. Wigen und Dr. Königen. Sofort nach Ausbruch des Krieges machte sich die Firma die Notlage der Arbeiter zunutze und zog auf alle Lohnsätze 33 Prozent ab. Das war den Arbeitern denn doch zu hart, und sie nahmen fast einstimmig ihre Entlassung, worauf die Firma den Abzug auf 15 Prozent reduzierte. Bei diesem Abzug ihrer schon sehr geringen Verdienste haben dann die meisten Arbeiter wieder angefangen zu arbeiten. Hoffentlich werden sie sich endlich einmal das Sorgen der Herren und denken nach dem Friedensschluß daran, wie sie gegen derartige Uebergriffe geschützt werden können. Bemerken wollen wir hierbei nur noch, daß die Besitzer dieser Firma den Lohnabzug nicht zur Umterstützung der durch den Krieg arbeitslos gewordenen oder der Familien der eingezogenen Arbeiter verwendet haben. Wenigstens haben wir bisher nichts von einer solchen Verwendung des Abzugs erfahren können.

Kupperberg. In den Oberfelder Fortwerken ist seit einiger Zeit in mehreren Abteilungen lebhaft Nachfrage nach Arbeitern. Es sind das Abteilungen, die direkt oder indirekt für den Heeresbedarf arbeiten. Da die heftigen Sprengstoffarbeiten sehr guten Gehaltszugang haben und Arbeiter einstellen, können die Fortwerke ihren Bedarf nicht immer decken. Denn nur noch irgendeine andere Arbeit findet, wobei das Königlich Preussische Heer. Auch in der Umgebung ist dieser Betrieb so bekannt, daß die Arbeiterfrage meist erfolglos bleibt. Die Fortwerke haben deshalb wieder ihre unattraktivsten bekannten Werbepremien angeboten. Wir haben das System schon einmal geschilbert, begnügen uns also mit der kurzen Feststellung, daß jeder Arbeiter des Betriebes, der einen anderen für den Betrieb vernimmt, 40 Mk. Prämie erhält, wenn der Vernommene mindestens sechs Monate im Betriebe ausbleibt. Dürft er es wenigstens sechs Wochen aus, so werden 10 Mk. Prämie gezahlt. Die Folgen dieses Systems lassen sich leicht ausdenken. Die Werber verschreiben das Blaue vom Himmel, um Bekannte oder Verwandte in den Betrieb zu bekommen, die Firma ist jedoch an kein Versprechen gebunden. Zum Schluß und Hinweis unter den Arbeitern sind die Folgen.

Am 4. November wurden nun die Arbeiter durch Anschlag aufgefordert, von der Werbepremie Gebrauch zu machen. Um der Mahnung Nachdruck zu geben, wurden etwas Abends von der Betriebsleitung die Schritte in den einzelnen Betrieben zusammengefasst, zu einer Besprechung über die Werbepremie. Die Arbeiter aus Ostpreußen sind dem Betrieb aus leicht begreiflichen Gründen besonders ans Herz gewachsen. In der fraglichen Zusammenkunft wurde ihnen aufgetragen, ihre durch den Krieg arbeitslos gewordenen Kollegen zu befragen, nach Werbepremien zu kommen. Aber, o weh! Als die Leute aufgefordert wurden, ihre Meinung zu sagen, bekamen die Verantwortlichen einmal ein schändliches Verhalten zu hören. Der erste Redner sagte, er wolle sich nicht die Knochen in bruttischen Lagen lassen von den Leuten, die er herbringen solle, auch sei die Lebenshaltung in Ostpreußen eine bedeutend billigere; so koste der Zentner Kartoffeln 80 Pf., wo man hier 4 Mk. dafür zahlen müsse. Der zweite verlangte seine schon längst fällig gewesene Jahresprämie (Wer ein Jahr im Betriebe bleibt, bekommt 25 Mk. Diese werden seit Ausbruch des Krieges nicht mehr gezahlt. D. W.). Der dritte Redner war gerade im Begriff, ein großes Sündenregister der Firma zu entrollen, als die Verantwortlichen die Nase voll hatten und die Zusammenkunft schlossen, denn es hatten infolge der Meibelligkeit der drei ersten noch mehrere Mut geschöpft, um ihr Herz zu entladen, und das wäre „nicht gut“ gewesen. Auf Anfragen der Arbeiter, wo dies in den Statuten oder in den Wohlfahrtsdrucksachen stünde, daß im Kriege keine Prämie bezahlt würde, blieb man die Antwort schuldig. Eine zweite Versammlung wird die Direktion voraussichtlich sobald nicht wieder zusammenberufen. Hoffentlich überdauert die Energie und die Einsicht der Arbeiter den Krieg und setzt sich um in zielbewußtes Handeln in der Organisation. Denn mit Gelegenheitsproben kann man wohl einmal seinem Groll Luft machen, aber nicht dauernd seine Lage verbessern.

Lehmsthe. Die Firma F. W. Ebbinghaus, Papierfabrik in Lehmsthe i. W., kürzte gleich nach Kriegsausbruch den Arbeitern den Verdienst um 15 Prozent. Ein Arbeiter, der nach Abzug der 15 Prozent täglich nur 2,80 Mk. verdiente, kündigte, um sich andre Arbeit zu suchen. Die Firma, darüber erbost, entließ darauf den Vater des aus der Fabrik Ausschließenden und gab ihm auf, innerhalb 8 Tagen die Werkwohnung zu räumen. Der von der Firma so rigoros behandelte ist über drei Jahre auf dem Welt beschäftigt und hat eine zahlreiche Familie. Während in dieser Zeit, seit allerlei Wohlfahrtsleistungen die Lage der arbeitenden Klasse erleichtern sollen, zeigt sich auch gegenwärtig die Wohlfahrtsleistung der Werkwohnungen als ein besonderer Lebensstand für den Arbeiter.

Verbandsnachrichten.

Statistik. — Graue Karten.

Die Beobachtung des Arbeitsmarktes und damit auch die Feststellung der Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder ist besonders während der Kriegszeit von größter Bedeutung. Die Ortsverwaltungen werden deshalb ersucht, gewissenhaft zu berichten. Auch die Gauleitungen wollen der Berichterstattung ihre Aufmerksamkeit schenken.

Bei Angabe der Mitgliederzahl dürfen nur die wirklich vorhandenen Mitglieder gezählt werden, also nicht auch die zum Heere eingezogenen, die als abgemeldet gelten.

Bei den roten Berichtskarten sind unter der Rubrik: „Mitglieder am Berichtstage“ gleichfalls nur die tatsächlich noch vorhandenen Mitglieder anzuführen.

Für den Monat November sind die grauen Karten bis zum 4. Dezember einzusenden. Dieser Termin muß eingehalten werden, weil das auf Grund der Karten festgestellte Gesamtergebnis für das Reich zum 9. des betreffenden Monats bereits an das statistische Amt abgehen muß.

Als Stichtag zur Feststellung der Arbeitslosen am Orte und auf der Reise gilt der 28. November.

Neue Statuten.

Die Statuten mit den auf dem letzten Verbandstag in Stuttgart beschlossenen Änderungen sind nunmehr fertiggestellt und können von den Zahlstellen bezogen werden. Wir ersuchen, den Bedarf festzustellen und die gewünschte Anzahl abzufordern.

Vom 17. November an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Erfurt 10,—, Waidassen 4,11, Gesehacht 400,—, Redensfelden 26,66, Cythra 18,64, Bremen 11,—, Gutzkirchen 1,88, Augsburg 300,—, Freising 181,94, Deitrich 24,56, Stuttgart 10,—, Mainz 1277,21, Breslau 1100,—, Bitterfeld 500,—, Wengenbach 9,62, Saarau 500,—, Brandenburg a. d. S. 450,—, Kreuz 16,65, Graubenz 6,20, Barby 2,72, Berlin, Blumenarbeiter, 10 000,—.

An Versicherungsbeiträgen gingen ein:

- Südesheim 20,70, Blankenburg 9,—, Genthin 2,50, Blauenischer Grund 130,—, Breslau 85,—, Görlitz 20,10, Miesbach 10,—, Oberder i. d. M. 5,—, Cythra 5,—, Favelberg 3,50, Torgau 2,80, Korbau — 40, Glauchau 7,—, Lungenau 4,—, Ko-wig (Anh.) 23,10, Bunzlau 13,30, Barby 11,95, Friedland i. M. 7,50, Uedermünde 5,65, Bernburg 52,—, Riefa 14,55, Kolmar i. P. 8,—, Dornmisch 2,50.

Schluss: Montag, den 23. November, mittags 12 Uhr. Fr. Brunck, Kassierer.

Die Abrechnung für das 3. Quartal 1914 haben eingekauft:

- Mes, Annweiler, Plauen, Redensfelden, Bürsdorf, Freising, Oitersheim, Ebnhor, Deitrich-Winkel, Graubenz.

Eingegangene Zahlstellen.

Somburg.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitgliedsbücher und -Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
440 871	Peter Brangenberg	15. 2. 62	20. 7. 10	Röln
497 742	Andreas Heinicke	25. 8. 51	8. 9. 12	Magdeburg
413 360	Wilhelm Winkler	11. 5. 78	22. 5. 05	Berlin
524 478	Joseph Vieß	1. 8. 95	21. 1. 12	Breslau

Neue Adressen und Adressenänderungen.

- Ebnhorf. R. Schwald streichen.
- Frankend., Gau 12. Johann Leidner, Anton Goeß.
- Gartzburg. Sattler streichen.
- Kolmar in Posen. Gustav Hein, Magdalenastraße 8.
- Koßwig. Otto Quindt, Stadthaus 8.
- Königsberg. Otto Wöhlert, Sadheim, Gartenstraße 8, I.
- Schwefelburg. Bureau: Leipoldstraße 20.
- Strasburg. Karl Kropp streichen.
- Waldsassen. Georg Gebatter, Galerstraße 7.